

## Corona-Pandemie und Klimaschutz<sup>1</sup>

### Anregungen zur Diskussion

von Volker Teichert<sup>2</sup>, Hans Diefenbacher<sup>3</sup>, Oliver Foltin<sup>4</sup>

#### 1. Einleitung

Bereits heute ist absehbar, dass COVID-19 die Welt verändert hat und noch weiter verändern wird. Die Konsequenzen einer ungezähmten Ausbreitung des Virus sind so dramatisch, dass viele Gesellschaften zunächst einmal bislang nicht für möglich gehaltene Veränderungen und Einschränkungen ihres alltäglichen Lebens hinnehmen. Finanzminister sind ihrerseits bereit, Milliardensummen für die Dämpfung der Folgen für die Wirtschaft und für die Konsumentinnen und Konsumenten bereitzustellen, mit noch nicht absehbaren Folgen, die vor allem in mittel- und langfristiger Perspektive überhaupt nicht zu prognostizieren sind. Ob daraus eine gemeinsame Aktion wenigstens in Europa werden kann, wo es sich doch in Wirklichkeit um eine globale Pandemie handelt, ist bislang noch nicht gewiss.

- 
- 1 Dieser Text ist eine aktualisierte und überarbeitete Version einer Fassung, die unter dem Titel „Corona-Pandemie und Klimaschutz – einige Anregungen zur Diskussion“ bereits veröffentlicht wurde in Gemeinschaftswerk der Evangelischen Publizistik (Hrsg.): Texte und Predigten zur Corona-Pandemie, epd-Dokumentation (22), 28–33.
  - 2 Dr. Volker Teichert, Diplom-Volkswirt, Diplom-Pädagoge, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Arbeitsbereich Nachhaltige Entwicklung der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST). Weiter ist er Prüfer für Umweltgutachter bei der Deutschen Akkreditierungs- und Zulassungsgesellschaft für Umweltgutachter mbH (DAU) und Mitglied des Heidelberg Center for the Environment (HCE). Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören die Bereiche Umwelt- und Nachhaltigkeitsmanagement, Produktpolitik, Klimaschutzkonzepte sowie Bildung für Nachhaltige Entwicklung.
  - 3 Dr. Hans Diefenbacher, Dipl.-Volkswirt, ist außerplanmäßiger Professor am Alfred-Weber-Institut der Universität Heidelberg und zudem seit seiner Pensionierung Ende 2019 weiterhin an der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) im Arbeitsbereich Nachhaltige Entwicklung wissenschaftlich tätig. Seit 1998 ist er zudem Beauftragter des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland für Umweltfragen.
  - 4 Dr. Oliver Foltin, Diplom-Volkswirt, ist stellvertretender Leiter der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST) und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Arbeitsbereich Nachhaltige Entwicklung. Darüber hinaus ist er zuständig für das Projektbüro Klimaschutz der Evangelischen Kirche in Deutschland ([www.projektbuero-klimaschutz.de](http://www.projektbuero-klimaschutz.de)) und Mitglied des Heidelberg Center for the Environment (HCE). Zu seinen Arbeitsschwerpunkten gehören die Bereiche Umwelt- und Nachhaltigkeitsmanagement, Umwelt- und Klimaschutzkonzepte sowie ethisches Investment.

Es ist auch noch viel zu früh, um alle diese Maßnahmen zu bewerten. Viele Menschen haben aber mittlerweile begonnen, über Wege aus der Krise nachzudenken. Wer durch die Krise nicht ganz die Hoffnung auf eine lebenswerte Zukunft verliert, der muss das auch tun. Und es ist auch verständlich, dass jede und jeder zuallererst in der Perspektive seiner Welt, in der Perspektive der Themen, die sie oder ihn bislang umgetrieben haben, versucht zu begreifen, was die Corona-Krise dafür bedeutet und wie sie zu den Problemen ins Verhältnis zu setzen ist, die uns seit vielen Jahren beschäftigen. Wir machen im folgenden Text im Grunde auch nichts anderes: Wir versuchen, die Klimakrise und die Corona-Pandemie in Beziehung zu bringen und mögliche Kriterien zu nennen, aus denen sich vorsichtig Schlussfolgerungen für weiteres Handeln ableiten und zur Diskussion stellen lassen. Im Angesicht des Ausmaßes der Corona-Krise erscheinen Fragen des Klimaschutzes zunächst zu Recht von zweitrangiger Bedeutung. Die Versuche, diese Krise zu bewältigen, haben zu einem Bruch der hergebrachten wirtschaftlichen Entwicklung geführt, zu einer Unterbrechung vieler Gewohnheiten. Aber das nun begonnene vorsichtige Wiederaufnehmen der wirtschaftlichen Aktivitäten könnte verbunden werden mit einer neuen „Nachdenklichkeit“ – in Anlehnung an den Philosophen Hans Blumenberg<sup>5</sup> –, in der auch die Strukturen der bislang unmäßigen Vernutzung der Welt nicht mehr als Selbstverständlichkeit gelten.

## 2. Corona-Pandemie und Klimakrise als globale Phänomene

Immerhin fast 60 Prozent aller Bundesbürger sind der Meinung, dass die langfristigen Auswirkungen der Klimakrise gravierender sind als die der Corona-Pandemie (siehe Abb. 1). Interviewt wurden in einer repräsentativen Befragung der forsa – Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH, Berlin rund 1.000 Bundesbürgerinnen und -bürger ab 14 Jahren.<sup>6</sup>

Die in der Umfrage deutlich gewordenen Befürchtungen hinsichtlich der Bewältigung der Klimakrise teilen wir, denn während sich die Corona-Pandemie durch ein national verändertes politisches, medizinisches und Verhaltens-Szenario kontrollieren und eindämmen lässt, sind in der Klimakrise weltweite Vereinbarungen notwendig. An dieser Stelle seien nur das Abholzen des Regenwaldes in Brasilien, die Erwärmung der Weltmeere, der Anstieg des Meeresspiegels und der tauende Permafrostboden in Sibirien erwähnt. Wir setzen also den vorsichtigen

---

5 Blumenberg 1980: 57–61.

6 Deutsche Bundesstiftung Umwelt 2020.

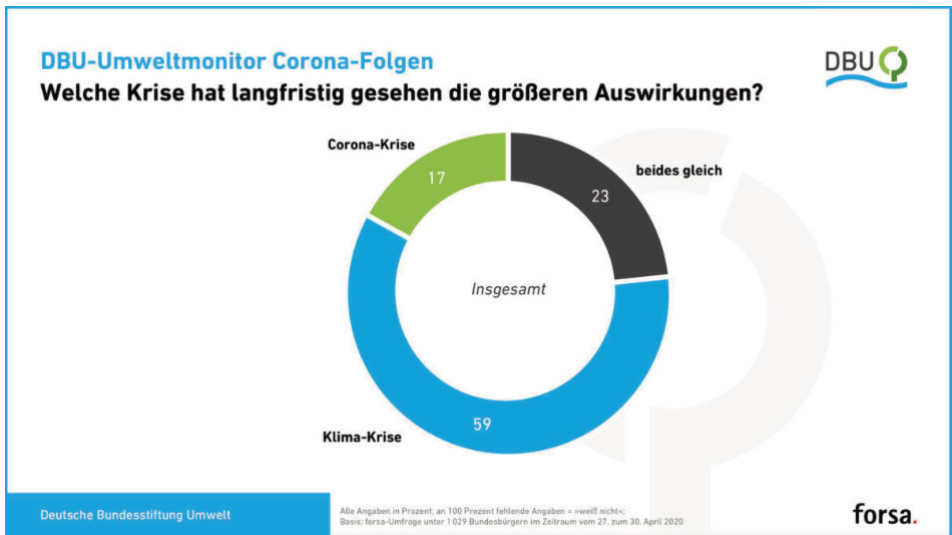


Abb. 1: Welche Krise hat langfristig gesehen die größeren Auswirkungen? DBU-Umweltmonitor Corona-Folgen, Deutsche Bundesstiftung Umwelt 2020 © DBU/forsa

Optimismus voraus, dass sich die Corona-Krise bewältigen lassen wird, wenn auch mit sehr großen Belastungen und Opfern. Freilich wird es eine „Welt nach Corona“ geben, in der sich herausstellen wird, dass alle Probleme, die wir „vor“ Corona hatten, noch immer in mehr oder minder unveränderter Form da sein werden. Corona hat die Sichtweisen auf bestimmte Perspektiven teilweise gestärkt, teilweise aber deutlich verändert:<sup>7</sup>

- Sowohl die Corona- als auch die Klima-Krise sind globale Phänomene, von denen die ärmsten Länder und vor allem die ärmsten Bevölkerungsschichten am stärksten betroffen sind.
- Klimaschutz und ein gutes Gesundheitswesen laufen immer Gefahr, auf freien Märkten „zu teuer“ zu erscheinen und deswegen fast automatisch zu wenig Ressourcen zu bekommen.
- Die Corona-Pandemie hat eine Neubewertung von Arbeitsplätzen und -verhältnissen zur Folge, die sich jetzt in der begleitenden Wirtschaftskrise als besonders kritisch erweisen.

<sup>7</sup> Vgl. Umweltbundesamt 2020.

- Betriebswirtschaftliche Einsparungen und der Abbau von „Über“-Kapazitäten mögen die Wettbewerbsposition einzelner Akteure kurzfristig verbessern, bergen jedoch ganz erhebliche volkswirtschaftliche Gefahren.
- Lieferketten können umso leichter reißen, je länger und je komplizierter sie aufgebaut sind.
- Auch im Blick auf Globalisierung kann es ein „Zuviel“ geben, das wichtige Funktionszusammenhänge gefährden kann.

### 3. Reduktion der wirtschaftlichen Aktivitäten

Wir haben oben bereits angedeutet, dass die meisten Menschen im Zuge der Gestaltung von Maßnahmen gegen die Corona-Pandemie zu noch nie dagewesenen wirtschaftlichen Einschränkungen bereit waren. Hier endet aber auch schon die Parallelität der Betrachtung, denn wir könnten als Gedankenexperiment kaum annehmen, wegen des Klimaschutzes würden weltweit wirtschaftliche Aktivitäten heruntergefahren – so wie wir das als Folge des Coronavirus erlebten und immer noch erleben. Allerdings sehen wir auf einmal, was alles möglich wäre. Nicht, dass wir meinen, diese Maßnahmen müssten auch alle für den Klimaschutz eingesetzt werden. Nur zeigt es uns, dass sich die Staatengemeinschaft, wie auf der UN-Klimakonferenz von Paris 2015 (COP21) begonnen, energische Ziele setzen könnte, um die CO<sub>2</sub>-Emissionen rasch zu reduzieren. Seit Ende Februar 2020 sind vor allem die direkten CO<sub>2</sub>-Emissionen als Folge der Schließung beziehungsweise des Herunterfahrens der wirtschaftlichen Produktion dramatisch gesunken. Der private Verkehr hat in Deutschland um mindestens ein Drittel abgenommen. Parallel sank die Schadstoffbelastung auch durch den drastisch reduzierten Flugverkehr, ebenso brach der Kohleverbrauch von Kraftwerken ein, und die Nachfrage nach Öl sank trotz eines beginnenden Preiskrieges zwischen der Organisation Erdöl exportierender Länder (OPEC), Russland und den USA Anfang April 2020 um rund ein Drittel.

Diese Folgen der Corona-Pandemie werden natürlich nicht von Dauer sein. Wir sehen jetzt, dass die Regierungen nach der ersten Überwindung weltweit die Wirtschaft ankurbeln, um den Verlust durch die Krise wettzumachen. Das wird sich auch für die bundesdeutsche Situation bemerkbar machen. Generell sind zwei Wege denkbar:

- eine nahezu bedingungslose Wachstumsorientierung zum Ausgleich der mit Sicherheit nun eintretenden Rezession oder
- ein Umsetzen der oben genannten Erkenntnisse beim Wiederaufnehmen wirtschaftlicher Aktivitäten, das heißt, Vorrang für Gesundheitswesen und Klimaschutz, Rückbau der Globalisierung durch bewussten Erhalt und Wiederaufbau nationaler und regionaler Produktionskapazitäten.

Die Kernfrage ist also, ob die milliardenschweren Rettungspakete für die Wirtschaft ausschließlich zur Rettung einer im Grunde überholten und äußerst verletzbaren Wirtschaftsstruktur eingesetzt werden oder ob sie, statt die althergebrachten Ideen lediglich zu wiederholen, als Prüfstein für die Gewährung von Förderungen eines zukunftsfähigen Umbaus der Wirtschaft dienen.

#### **4. Ansätze für den Umwelt- und Klimaschutz**

Genauso wie das Coronavirus sind die Treibhausgasemissionen für das bloße Auge unsichtbar. Auch die Auswirkungen des damit verbundenen Klimawandels sind bislang nur indirekt sichtbar und teilweise erscheinen sie bislang geradezu abstrakt. Den Klimawandel erlebt die hiesige Bevölkerung weniger als Bedrohung, zeigen sich die direkten Konsequenzen zu einem großen Teil doch erst in Jahrzehnten und sind für uns gegenwärtig Lebende, vor allem in den Industrieländern, bislang keine existenzielle Bedrohung wie in den Ländern des Südens oder in einigen pazifischen Inselstaaten. Doch wir müssen den Klimawandel genauso ernst nehmen wie das Virus, auch wenn die Klimafolgen erst künftige Generationen mit voller Härte treffen werden.

Was sind daraus für Schlussfolgerungen für den Umwelt- und Klimaschutz zu ziehen?

- Erstens sollte uns allen deutlich geworden sein, dass wir auch den Klimaschutz nicht umsonst bekommen werden, sondern dass es Einschränkungen nach sich ziehen wird, wenn wir die Klimaschutzziele – eine Reduzierung der Treibhausgase um 95 Prozent bis 2050 – erreichen wollen. Es wird nicht ausreichen, lediglich mit ein paar technischen Effizienzmaßnahmen die CO<sub>2</sub>-Emissionen zu verringern. Denn angesichts des heutigen, über den gesamten Globus verteilten Produzierens und Konsumierens kann es nicht nur zu Versorgungsengpässen kommen, sondern es ist dafür auch ein gewaltiger Transportaufwand notwendig. Begrün-

dung für solche Transportwege ist dann oftmals der Hinweis, dass das Produkt auf diese Weise ein paar Cent billiger wäre. Die sozialen oder ökologischen Folgekosten werden dabei allerdings zum großen Teil nicht mit einberechnet. Wenn wir also aus der Corona-Krise etwas lernen wollen, ist es, die Produktion wieder stärker zu regionalisieren und die Globalisierung zu begrenzen. Welche Bedürfnisse gibt es in einer bestimmten Region? Lassen sich diese Bedürfnisse mit regional vorhandenen Ressourcen befriedigen? Wie geht die Politik mit diesen Fragen um? Ist sie bereit, lokale und regionale Strukturen zu fördern?

- Es sollte, zweitens, darauf geachtet werden, dass die bereits beschlossenen Maßnahmen zum Klimaschutz aus dem Klimapaket von Dezember 2019 angesichts der Corona-Krise weiter umgesetzt werden. Für viele der beschlossenen Instrumente, die schon bei ihrer Verabschiedung nicht unumstrittenen waren, wird in der gegenwärtigen Corona-Krise gefordert, sie wieder rückgängig zu machen. Doch gerade die im vergangenen Jahr beschlossenen Maßnahmen dienen dazu, bis 2030 die CO<sub>2</sub>-Emissionen um 55 Prozent zu reduzieren. Als Maßnahmen werden ab 2021 Benzin, Diesel, Heizöl und Erdgas mit 25 Euro je freigesetzter Tonne CO<sub>2</sub> belastet, bis 2025 wird der Preis schrittweise auf 55 Euro angehoben. Parallel werden die Kosten von Strom leicht sinken. Gefördert wird auch der Austausch von Ölheizungen gegen klimafreundlichere Heizsysteme. Wenn wir die Klimaziele 2020 kurzfristig nun wahrscheinlich dennoch erreichen, so liegt es ausschließlich an dem durch Corona bedingten Rückgang von Produktion und Konsum und nicht an der Umsetzung von klimapolitischen Maßnahmen.
- Drittens beinhaltet zwar das Anfang Juni 2020 verabschiedete Konjunkturprogramm, das zur Sicherung und Wiederbelebung der Wirtschaft verabschiedet wurde, in einzelnen Punkten durchaus Aspekte zum Klimaschutz.<sup>8</sup> Aber man merkt diesem Programm an, dass es nicht langfristig durchdacht ist, sondern kurzfristig quasi aus der Not geboren wurde. Es fehlen etwa finanzielle Mittel für die energetische Gebäudesanierung. Aber insbesondere hier sollten vor allem verstärkt Effizienzmaßnahmen in Bestandsgebäuden, die 20 Jahre und älter sind, realisiert werden. Bislang liegt die Sanierungsquote bei nur etwa einem Prozent pro Jahr. Notwendig ist daher ein radikaler Wandel, um einen klimaneutralen Gebäudebestand bis zum Jahr 2050 zu erreichen, also Gebäude,

---

8 Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2020.

die nicht mehr Energie verbrauchen, als sie durch erneuerbare Energien selbst erzeugen. Das im Konjunkturpaket verabschiedete CO<sub>2</sub>-Gebäude-sanierungsprogramm dient vorrangig zur energetischen Sanierung kommunaler Gebäude und zur Förderung von Klimaanpassungsmaßnahmen in sozialen Einrichtungen, was auf jeden Fall zu begrüßen ist. Für den privaten Bereich scheinen indes keine zusätzlichen Finanzmittel vorgesehen zu sein. Ähnlich im Mobilitätsbereich: Auch wenn im Konjunkturprogramm von der Mobilitätswende gesprochen wird, konzentrieren sich die Maßnahmen überwiegend auf die Förderung der Elektromobilität und der Automobilindustrie (Bus- und Lkw-Flotten-Modernisierungsprogramm). Doch die Mobilität muss deutlich klimafreundlicher gestaltet werden. Dazu sollte der öffentlichen Personennahverkehr in Stadt und Land drastisch ausgebaut und mit entsprechenden flankierenden Strukturen und Maßnahmen unterstützt werden: etwa durch die Aufnahme entsprechender Sharing-Angebote, den großzügigen Ausbau von Fuß- und Radwegen und den Rückbau von Wegen für den motorisierten Individualverkehr. Darüber hinaus sollten verschiedene Arten von Verkehrsdienstleistungen in einem einzigen Mobilitätsdienst vereinigt werden. Mit rund 130 Milliarden Euro wurde das teuerste Konjunkturpaket aller Zeiten auf den Weg gebracht, doch die Frage bleibt, was passiert, wenn es im Winter 2020/21 nochmals zu einem „Shutdown“ kommen sollte. Danach könnte es wohl kaum erneut ein Programm in dieser Dimension geben. Die große Koalition hat mit diesem Konjunkturpaket bereits weitgehend ihr wirtschaftliches Potenzial verausgabt. Ein zweites Mal wird angesichts der ökonomischen Belastungen, die wir bereits mit diesem Programm den nächsten Generationen übereignen, kaum möglich sein.

- Viertens müssen wir es uns zur Aufgabe machen, die vielen kirchlichen und kommunalen Klimaschutzmanagerinnen und Klimaschutzmanager in ihren Aufgaben zu unterstützen und zu stärken. Es darf nicht passieren, dass deren Arbeit jetzt als Folge von COVID-19 an Bedeutung verliert, weil wir „zuerst“ die Wirtschaft ankurbeln müssen. Gerade in der jetzigen Zeit wäre es wichtig, dass sich die Klimaschutzverantwortlichen vor Ort mit der Frage auseinandersetzen, welche Maßnahmen zur Stützung und Neubelebung der Wirtschaft in der Zukunft mit klima- und umweltpolitischen Aspekten versehen werden könnten.
- Fünftens werden neue politische Vorgaben und die Folgen der Corona-Krise dazu führen, dass manche Länder in Zukunft weniger Rohstoffe an

Handelspartner wie Deutschland liefern. Maßnahmen, die den Ressourcenschutz fördern, sucht man vergeblich im Konjunkturpaket zu Corona. Ebenso sind Impulse für eine Kreislaufwirtschaft nicht enthalten, obwohl sich hier viele zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen ließen. Die Einsparung von Rohstoffen und der vermehrte Einsatz von Sekundärrohstoffen sollte aber mehr als bisher im Fokus des wirtschaftlichen Denkens stehen. Nehmen, herstellen, wegwerfen – das gehört zur Vergangenheit. Ähnlich wie beim Klimawandel ist diese Diskussion nicht neu; bereits 1991 hat die Bundesregierung in ihrem Jahreswirtschaftsbericht gefordert: „Alle Beteiligten müssen in Zukunft mehr Mitverantwortung für die von ihnen hergestellten, in den Verkehr gebrachten oder genutzten Produkte über den gesamten Lebenszyklus hinweg übernehmen.“<sup>9</sup>

- Sechstens macht uns die Corona-Pandemie bereits bestehende Erkenntnisse in einer anderen Perspektive deutlich: Wir sind mit dem „Modell Deutschland“ an Grenzen gestoßen, auch wenn es das Modell der bundesdeutschen sozialen Marktwirtschaft annimmt. Wie ein anderes Wirtschaften in der Zukunft aussehen könnte, sollte daher gesamtgesellschaftlich diskutiert werden.

## 5. Wachstum bis zum Ende als „Weltverbrauch“ oder Kriterien für eine Wirtschaft der Zukunft

### 5.1 Wachstumsgrenzen

Auch wenn es zunächst paradox anmutet, so wird es angesichts der Corona-Krise erforderlich sein, sich mit der Frage auseinanderzusetzen, wie wir nicht wieder in einen als unvermeidlich apostrophierten Wachstumsfetischismus geraten wollen. Denn wir sehen ja zunächst, dass der Einbruch bei den Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts mit einer Abwärtsbewegung verbunden ist, die als Folge der verordneten Schließungen von sozialen Verwerfungen bis hin zu dramatischen Verschlechterungen der allgemeinen Lebensbedingungen reicht: Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und finanzielle Einbußen sind die unmittelbaren Folgen. Nach Ende der Pandemie ist dann, wie bereits prognostiziert, mit einem deutlichen Ansteigen der Wachstumsraten zu rechnen, vor allem, weil die bis dato fast brach liegenden Unternehmen ihre Produktion wieder anfahren werden. Das wird als rettend, als Rückkehr zur Normalität wahrge-

---

9 Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 1991.



nommen werden. Nur sollte uns das dazu ermutigen, die Frage aufzuwerfen, wie das Wachstum der Zukunft genau aussehen soll. Nicht jedes Wachstum trägt auch dazu bei, dass Beschäftigung entsteht („jobless growth“). Im schlimmsten Fall könnte Wachstum nach einer Krise dazu führen, dass die Beschäftigung, die vor der Krise bestand, abgebaut wird („jobless growth“). Der Wiederanfang nach dem Bruch durch die Corona-Krise sollte zu einem wirklichen Neubeginn führen und die Wirtschaft auf die zukünftigen Herausforderungen vorbereiten, die es durchaus gibt. Besonders die skandalösen Verhältnisse in der Fleischindustrie, die durch die Corona-Pandemie deutlich hervorgetreten sind, sollten dazu Anlass geben, unseren bisherigen Fleischkonsum zu überdenken. Aber an dieser Stelle sollten wir nicht stehenbleiben, sondern unseren gesamten Umgang mit Nahrungsmitteln hinterfragen. Zwar spricht einiges dafür, dass der Ökolandbau von der Corona-Krise profitieren könnte, denn die Verbraucherinnen und Verbraucher werden auch weiter beim Einkauf verstärkt auf Herkunft und Qualität der Produkte achten.<sup>10</sup> Doch nach wie vor werden in Deutschland nur knapp neun Prozent der landwirtschaftlich genutzten Fläche nach ökologischen Kriterien bewirtschaftet, während es in Österreich bereits 26 Prozent sind. Gemäß der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung soll der Anteil des Ökolandbaus bis 2030 gerade einmal auf 20 Prozent steigen. „50 % weniger Abfälle und Verschwendung [...] würden theoretisch bereits genügen, um in Deutschland den Ökolandbau bis auf 60 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche auszudehnen, ohne Verlagerungseffekte zu verursachen. Eine Senkung der Kraftfutterproduktion auf Ackerflächen und damit eine Reduktion tierischer Produkte in der Ernährung würde zusätzliche Möglichkeiten für die Ausdehnung des Ökolandbaus oder anderer Ökologierungsstrategien schaffen.“<sup>11</sup>

Des Weiteren ist auch die Automobilindustrie nicht auf die Zukunft vorbereitet – wie die Reaktionen von Unternehmensvertretern und der IG Metall in der Corona-Pandemie gezeigt haben. Anstatt Zukunftskonzepte zur Mobilität vorzulegen, wird reflexartig auf die Verbrennungstechnologie gesetzt, und es wurde gehofft, dafür doch noch entsprechende Fördermittel zu erhalten. Gleiches gilt im Übrigen auch für die Luftfahrtindustrie, die jetzt zwar finanziell durch staatliche Unterstützung am Leben gehalten wird, aber keine klimabedingten Zukunftskonzepte entwickelt hat. In der Energiewirtschaft werden in

---

<sup>10</sup> Vgl. Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung 2020.

<sup>11</sup> Haller et al. 2020: 128.

Zeiten von Corona noch Kohlekraftwerke in Betrieb genommen, womit wiederum versucht wird, „alte“ Technologien auch im 21. Jahrhundert weiter zu nutzen. Die Liste ließe sich weiter fortsetzen. Was fehlt, sind für die Zukunft nachhaltige Wirtschaftskonzepte in einzelnen Branchen.

## 5.2 Förderung der Geschlechtergerechtigkeit durch ein lebensphasenspezifisches Grundeinkommen

Um eine möglichst ausgewogene dualwirtschaftliche Entwicklung von formeller und informeller Ökonomie zu erreichen, sollte der Umstand, wonach formelle Erwerbsarbeit eindeutig bevorzugt wird, in eine andere Richtung gelenkt werden. Dazu bedarf es aber einer sozialpolitischen Neugestaltung auf bislang kaum eingeschlagenen Pfaden. Doch sollte es gelingen, ein Kooperationsystem aufzubauen, in dem die verschiedenen sozialpolitischen Träger miteinander verknüpft werden und deren Andersartigkeit anerkannt wird, könnte der informelle Bereich unseres Wirtschaftssystems – wie Hausarbeit, Kinderbetreuung sowie Betreuung von kranken und alten Personen – grundlegend gestärkt werden. Ein solches Kooperationsystem darf aber nicht dazu genutzt werden, professionelle Leistungen abzubauen. Es muss vielmehr gefragt werden, welche Angebote jeweils am besten durch eine bestimmte Verbindung von Akteuren erbracht, finanziert und übermittelt werden können.

Wenn ein anderes Verständnis von den Tätigkeiten in der informellen Ökonomie erreicht werden soll, sind sie gesellschaftlich auch anzuerkennen und durch ein lebensphasenspezifisches Grundeinkommen abzusichern. Dabei darf aber nicht der Fehler gemacht werden, Frauen wieder auf ihre Rolle im privaten Haushalt festzulegen. Vielmehr sollten beide Bereiche, nämlich die formelle Erwerbs- und die informelle Bedarfswirtschaft, für Frauen und Männer offen sein. Die Corona-Pandemie dürfte uns vor Augen geführt haben, dass in dieser Krise vor allem Frauen wieder in ihrer Rolle als Hausfrau und Mutter gefordert waren, um die Betreuung der Kinder zu sichern. Daran wird aber eigentlich nur deutlich, dass es in der Vergangenheit nicht gelungen ist, Männer gleichermaßen in den privaten Haushalt zu integrieren. Nach wie vor leisten Frauen immer noch mehr Hausarbeit als Männer.<sup>12</sup> Was die Verteilung der Kinderbetreuung im Haushalt angeht, übernehmen durch die Schließung von Schulen und Kindertageseinrichtungen in der Hälfte der Fälle Frauen alleine

---

12 Vgl. Hobler et al. 2017; Peuckert 2019: 421–450; Müller et al. 2020: 332–340.

die Kinderbetreuung und in je einem Viertel wird die Betreuung entweder von beiden Partnern oder nur vom Mann übernommen.<sup>13</sup> In der Corona-Pandemie hat sich also die Aufteilung der Kinderbetreuung nicht entscheidend verändert, sodass von einer Enttraditionalisierung in der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung nicht die Rede sein kann. Es war mit ihr bereits vor Corona nicht zum Besten bestellt, nur wurde das durch den Ausbau der Ganztagsbetreuung in Kinderkrippen, Kindertagesstätten und Schulhorten überdeckt.

### 5.3 Vielfalt von Arbeitszeitmodellen

Weiter zeigt sich in der gegenwärtigen Corona-Pandemie, dass Arbeiten auch anders erfolgen kann als durch permanente Anwesenheit am Arbeitsplatz. Auch an diesem Punkt hat sich gezeigt, dass Strukturen plötzlich möglich sind, die jahre- bis jahrzehntelang einfach als undenkbar abgetan wurden. Dies könnte vor allem mit Blick auf Klimaschutz eine wichtige Erkenntnis sein. Nicht nur sind die Staus im beruflichen Morgen- und Abendverkehr zurückgegangen, sondern auch Lärm- und Stickoxidbelastungen nahmen deutlich ab. Bei den Arbeitszeiten gilt es, zwei Aspekte zu betrachten: Einerseits sollte die Teilzeitarbeit – wie in den Niederlanden und Skandinavien – auch in Deutschland primär für qualifizierte Tätigkeiten und auch für Männer attraktiver gemacht werden. Arbeiten in der informellen Ökonomie (Kinderbetreuung, Betreuung der Eltern und Schwiegereltern sowie ehrenamtliche Tätigkeiten) müssen bei der Karriere ebenso berücksichtigt werden wie die Erwerbsarbeit in der formellen Ökonomie. Die Teilzeitarbeit muss aus der „Schmuddelecke“ herauskommen und positiver besetzt werden. Nach wie vor ist Teilzeit eine Frauendomäne. Ebenso ist Teilzeit bislang ein Arbeitszeitmodell, das die Karriere eher behindert als fördert.

Daneben könnten andererseits aber auch unterschiedliche (Lebens-)Arbeitszeitmodelle praktiziert werden, die eine größere Durchlässigkeit zwischen formeller und informeller Lebenswelt zulassen. Denkbar wäre etwa die Festlegung einer Lebensarbeitszeit in erbrachten Stunden, die jeder individuell über sein Leben verteilen kann, indem er in bestimmten Lebensabschnitten mehr und in anderen weniger arbeitet. Zur Unterstützung würde sich unter Umständen eine Kombination zwischen Grundeinkommen und alternativen Arbeitszeitoptionen anbieten.

---

13 Vgl. Möhring et al. 2020: 12–14; Kohlrausch et al. 2020: 5–8.

## 5.4 Erprobung eines lebensphasenspezifischen Grundeinkommens

Ein wichtiges Element, das bisher noch nicht realisiert, aber in der Corona-Krise durchaus gefordert und diskutiert wurde, wie zum Beispiel sehr konkret in Spanien, betrifft die Einführung eines Grundeinkommens. Dadurch könnte eine deutliche Verschlankung und Vereinfachung des bisherigen Sozialleistungssystems erreicht werden. In Zeiten von Veränderungen, die durch die Digitalisierung und die „Industrie 4.0“ ausgelöst wurden und sich in Zukunft wohl noch beschleunigen werden, böte das Grundeinkommen den Menschen die nötige Sicherheit, um mit größerer Zuversicht in die Zukunft schauen zu können. Dies wiederum würde die Kreativität und den Unternehmergeist fördern, die notwendig sind, um die anstehenden Herausforderungen nach Corona zu meistern. Ebenso würde das Grundeinkommen eine Verschiebung von formellen zu informellen Tätigkeiten erleichtern. Insgesamt erhielten gerade informelle Tätigkeiten im Bereich Care-Arbeit durch ein Grundeinkommen eine größere Anerkennung als bislang. Der momentan auf Erwerbsarbeit fokussierte Blick würde durch diese dann auch entgeltliche Honorierung der informellen Arbeit geweitet. Insgesamt würden alle, die momentan finanziell abhängig sind, durch ein Grundeinkommen an Unabhängigkeit gewinnen.

## 6. Schlussbemerkungen

Die Corona-Pandemie ist vielleicht das bisher einschneidendste gesellschaftliche Ereignis, dessen Herausforderungen sich die globale Gesellschaft seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges stellen muss. Sie trifft uns zu einer Zeit, in der zumindest wir in Deutschland zu einem guten Teil in einer trügerischen Bequemlichkeit lebten. Nicht wenige von uns haben die Annehmlichkeiten ihres Lebens genossen und die Notwendigkeit einer Änderung des Wirtschaftsstils zur Erreichung der Klimaziele verdrängt oder vor sich hergeschoben. Nun ist die Corona-Pandemie über uns gekommen, die tiefgreifende Veränderungen der Gesellschaft in kürzester Frist erfordert hat. Dass dies weitgehend in großer Solidarität möglich war und ist, erfüllt uns mit Zuversicht, dass in Zukunft auch die längerfristigen Klimaziele in unserer Gesellschaft die notwendige Aufmerksamkeit erreichen können. Einige Eckpunkte, wie dies ermöglicht werden kann, hat der vorliegende Text zur Diskussion gestellt.

## 7. Quellenverzeichnis

- Blumenberg, Hans 1980: Nachdenklichkeit. Dankrede. In: Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung (Hrsg.): Jahrbuch 1980 Zweite Lieferung. Heidelberg, Lambert Schneider: 57–61.
- Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (Hrsg.) 2020: Wie wirkt sich die Corona-Krise auf den Ökolandbau aus? <https://www.oekolandbau.de/landwirtschaft/biomarkt/corona-krise-eine-chance-fuer-den-oekolandbau/> (aufgerufen 12.06.2020).
- Deutsche Bundesstiftung Umwelt (Hrsg.) 2020: DBU-Umweltmonitor: Bürger halten Klima-Krise langfristig für gravierender als Corona-Krise. [https://www.dbu.de/123artikel38644\\_2362.html](https://www.dbu.de/123artikel38644_2362.html) (aufgerufen 12.06.2020).
- Haller, Lisa/Moakes, Simon/Niggli, Urs/Riedel, Judith/Stolze, Matthias/Thompson, Michael 2020: Entwicklungsperspektiven der ökologischen Landwirtschaft in Deutschland. UBA-Texte 32/2020, Dessau, Umweltbundesamt.
- Hobler, Dietmar/Klenner, Christina/Pfahl, Svenja/Sopp, Peter/Wagner, Alexandra 2017: Wer leistet unbezahlte Arbeit? Hausarbeit, Kindererziehung und Pflege im Geschlechtervergleich. Aktuelle Auswertungen aus dem WSI GenderDatenPortal, WSI Report Nr. 35.
- Kohlrausch, Bettina/Zucco, Aline 2020: Die Corona-Krise trifft Frauen doppelt. Weniger Erwerbseinkommen und mehr Sorgearbeit. Policy Brief Nr. 40. Düsseldorf, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut.
- Möhring, Katja/Naumann, Elias/Reifenscheid, Maximiliane/Blom, Annelies G./Wenz, Alexander/Rettig, Tobias/Lehrer, Roni/Krieger, Ulrich/Juhl, Sebastian/Friedel, Sabine/Fikel, Marina/Cornesse, Carina 2020: Die Mannheimer Corona-Studie: Schwerpunktbericht zu Erwerbstätigkeit und Kindererziehung. Mannheim, Universität Mannheim.
- Müller, Kai-Uwe/Samtleben, Claire/Schmieder, Julia/Wrohlich, Katharina 2020: Corona-Krise erschwert Vereinbarkeit von Beruf und Familie vor allem für Mütter – Erwerbstätige Eltern sollten entlastet werden. In: DIW Wochenbericht 19/2020: 332–340.
- Peuckert, Rüdiger 2019: Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern: Geringe Beteiligung der Männer an Haus- und Familienarbeit. In: Peuckert, Rüdiger (Hrsg.): Familienformen im sozialen Wandel. 9. Auflage. Wiesbaden, Springer VS: 421–450.

---

# LERNEN AUS DER CORONA-KRISE

---

- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.) 1991: Jahreswirtschaftsbericht 1991 der Bundesregierung, Bulletin 24–91, Punkt 44. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/bulletin/jahreswirtschaftsbericht-1991-der-bundesregierung-teil-drei-von-drei--786782> (aufgerufen 12.06.2020).
- Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.) 2020: Konjunkturpaket. Milliardenhilfen beschlossen. <https://www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/konjunkturpaket-geschnuert-1757558> (aufgerufen 12.06.2020).
- Umweltbundesamt (Hrsg.) 2020: Corona Sustainability Compass. Der Wissenschaftsblog von Umweltbundesamt, Future Earth, International Science Council und Stiftung 2°. <https://www.csc-blog.org/de> (aufgerufen 12.06.2020).

*Dr. Oliver Foltin*

*Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e. V. (FEST)*

*Schmeilweg 5 | 69118 Heidelberg*

*Tel.: 06221 9122-33 | Fax: 06221 167257*

*oliver.foltin@fest-heidelberg.de | www.fest-heidelberg.de*

## **Buchhinweis**

FEST kompakt, Band 1

Benjamin Held, Thomas Kirchhoff, Frederike von Oorschot, Philipp Stoellger, Ines-Jacqueline Werkner (Hrsg.):

## **Corona als Riss**

Perspektiven für Kirche, Politik und Ökonomie

Publiziert bei heiBOOKS, Universitätsbibliothek Heidelberg 2020  
194 S., ISBN 978-3-948083-25-0 (Softcover)

Die Online-Version ist dauerhaft frei verfügbar:  
<https://books.ub.uni-heidelberg.de/heibooks>